



Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

Irland am Vorabend der "Lissabon"-Volksabstimmung

Am 2. Oktober 2009 müssen die Bürger Irlands ein zweites Mal über den sogenannten "Reform"vertrag von Lissabon abstimmen, obwohl sie vor nur einem Jahr, am 12. Juni 2008, mit deutlicher Mehrheit dagegen gestimmt haben: **53,4 % stimmten gegen den Vertrag**, 46,6 % dafür (bei 53 % Abstimmungsbeteiligung) - und das trotz einer massiven Propaganda für die Annahme des Vertrags. Diese zweite Abstimmung ist schon an sich eine Verhöhnung der Demokratie, trotzdem wird sie nun über das Inkrafttreten des Vertrags auch in allen anderen EU-Mitgliedstaaten entscheiden. Denn allen anderen Völkern wurde von ihren Regierungen und den Gerichten eine Volksabstimmung über diesen Vertrag verweigert, obwohl die EU damit de facto zu einem riesigen, neuen Zentralstaat wird, der Schritt für Schritt alle Befugnisse der Nationalstaaten an sich reißen und diese damit in ihrer Substanz auflösen wird.

Die neuerliche Irland-Abstimmung ist **auch für uns Österreicher von enormer Bedeutung**. Wir haben uns daher entschlossen, die EU-Gegner in Irland in ihrer Kampagne gegen den Lissabon-Vertrag zu unterstützen. Details dazu auf den nächsten Seiten. Eine der EU-Gegner-Organisationen in Irland hat uns umfangreiche inhaltliche Unterlagen zu dieser Kampagne zukommen lassen, aus der wir im folgenden zitieren. Es ist auch für alle EU-Gegner **hier** aufschlußreich zu erfahren, welche Gründe es sind, die Menschen **anderswo** zur Ablehnung der EU

bewegen. Nachstehend die wichtigsten **Argumente aus irischen Flugblättern gegen den Lissabon-Vertrag**:

- Bei der (ersten!) Volksabstimmung über den Lissabon-Vertrag sagte die Bevölkerung Irlands **Nein zum EU-Machtrausch**. Der Lissabon-Vertrag und die EU-Verfassung sind zu 99 % dasselbe Dokument. Frankreich und die Niederlande sagten NEIN zur EU-Verfassung. Mit dem Lissabon-Vertrag wird die Errichtung eines **militarisierten EU-Superstaates** kommen. Die EU will die über Jahrzehnte errungenen demokratischen Rechte, die Neutralität, die Arbeitsrechte und die nationale Souveränität weiter untergraben. Heute hat nur noch die irische Bevölkerung die Möglichkeit, diesen Prozeß **für alle EU-Staaten zu stoppen!**

- Bereits 80 Prozent heimischen (d.h. hier irischen) Rechts wird von EU-Gesetzen und -Richtlinien bestimmt. Der Lissabon-Vertrag verstärkt dies weiter!

- Der Lissabon-Vertrag führt eine Klausel ein, die dem EU-Ministerrat das Recht gibt, seine Macht ohne die Notwendigkeit eines weiteren Vertrages beliebig zu erweitern.

- Der Lissabon-Vertrag wird

weiterreichende Machtübertragung an die EU ermöglichen und die bisherige Volksabstimmungspflichtigkeit darüber auch in Irland **abschaffen**.

- Der Lissabon-Vertrag führt zur Schaffung einer **EU-Armee**. Bereits jetzt existieren "EU-Schlachtruppen" ("battle groups"), die bis zu 2.500 (!) Kilometer außerhalb der EU-Grenzen eingesetzt werden können. Der Lissabon-Vertrag wird die EU weiter militarisieren und Irland auf ein Abkommen zur "gegenseitigen Verteidigung" verpflichten. Die Notwendigkeit einer **Volksabstimmung** über die Teilnahme an evtl. zukünftigen neuen "Verteidigungspflichten" für die EU wird **abgeschafft**.

- Während bei **Gesundheitsdienstleistungen** in Irland gewaltige finanzielle **Kürzungen** vorgenommen werden, werden Finanzmittel bereitgestellt für steigende Militärausgaben zur Erfüllung der Militärpflichten für die EU gemäß dem Lissabon-Vertrag/der EU-Verfassung.

- Die Präsenz (auch) irischer (!) Truppen im afrikanischen Tschad wirft ein bezeichnendes Licht auf die Art der militärischen "Aufgaben", die von Irland erwartet werden: ein französischer **Stellvertreter-**

Kurze Geschichte Irlands

Seite 4-5

Ab Dezember 2009 soll auch biologische Nahrung bestrahlt werden! Zum Widerstand gegen dieses neue EU-Gesetz

Seite 6

Diskussionsabend zur Agro-Gentechnik in Pottenbrunn

Seite 7

Kolonialkrieg um dort vorhandene Ölreserven gegen China, das den benachbarten Sudan unterstützt. Fast 100 Jahre nach dem ersten Weltkrieg soll eine weitere Generation von Iren auf fremden Schlachtfeldern geopfert werden im Interesse von Kapitalismus und Imperialismus "made in EU".

- Der Lissabon-Vertrag bedeutet einen Angriff auf die politische und wirtschaftliche Demokratie gleichermaßen!

- Das führt zu einer Gesellschaft, die den Götzen "MARKT" über alle anderen Bedürfnisse stellt einschließlich des Rechts auf Arbeit für ein angemessenes Einkommen. Die besten öffentlichen Dienstleistungen "gebühren" nur Jenen, die dafür am meisten zahlen (können)....

- Die "Laval-Entscheidung" des Europäischen Gerichtshofs bestimmte, daß "die freie Verfügbarkeit von Waren und Dienstleistungen **über** dem Recht für Arbeitnehmer auf Streiks stehe. Auch bezüglich dieser Zielsetzung: der WETTBEWERB wird **über** die Rechte der Arbeitnehmer gestellt.

• Durch Ihre Stimme gegen den Lissabon-Vertrag stimmen Sie gegen die Schaffung eines undemokratischen Superstaates, gegen die weitere Militarisierung, die Aushöhlung der Neutralität, die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und gegen ungezügelt Kapitalismus.

Soweit der Text eines Original-Flugblatts von *Republican Sinn Féin* (auf deutsch übersetzt von Inge Rauscher).

Mit der Unterstützung der Irland-Kampagne "laufen" wir nun quasi die letzten zwei Kilometer eines langen **Marathonlaufes!** Die erste von der IHU organisierte Informationsveranstaltung zur **EU-Verfassung** fand bereits im Juni 2002 (vor mehr als sieben Jahren) in Altmünster am Traunsee statt... Und unsere zweijährige Veranstaltungsserie vor der Beitritts-Abstimmung in Österreich ("Argumente gegen einen EU-"Anschluß") mit insgesamt sechzig (!) Großveranstaltungen in acht Bundesländern führten wir vor nunmehr 16 Jahren durch.

Unterstützung für die NEIN-Kampagne in Irland gibt es **auch aus anderen Staaten** seitens verschiedener Organisationen. Sollte die Abstimmung aufgrund der Übermacht des EU-Apparates und der "classe politique" dennoch mit "Ja zum Vertrag" ausgehen, haben alle am Widerstand dagegen Beteiligten zumindest alles getan, was ihnen möglich war. **Unsere Arbeit am EU-Austritt wird in jedem Fall weitergehen!**

Bruch der Neutralität bleibt bestehen.

Auf diese Frage geht Tobias Pflüger von der "Informationsstelle Militarisierung e.V." in Tübingen in einem Artikel vom 26.6.2009 näher ein wie folgt:

Es wird behauptet, der Lissabon-Vertrag würde die Neutralität Irlands nicht berühren. Das ist falsch: Die **Zusammenarbeit zwischen EU und NATO** bleibt ein wesentliches Element des Lissabon-Vertrags. Es gibt eine Reihe von Positivbezügen zur NATO. So heißt es im "Protokoll 10": "In der Überzeugung, daß eine maßgeblichere Rolle der Union im Bereich von Sicherheit und Verteidigung im Einklang mit den sogenannten Berlin-plus-Vereinbarungen zur Vitalität eines erneuerten Atlantischen Bündnisses (=NATO) beitragen wird." Das ist ein offener Bruch unter anderem der Neutralität Irlands. (Anmerkung der WEGWARTE: jener Österreichs noch viel mehr!)

Das Zusatzprotokoll (für Irland) wird nichts daran ändern, daß der Lissabon-Vertrag die EU zu einer **Militärunion** machen würde. Alle Militärelemente des Vertrages

Im Namen des Büros für internationale Beziehungen von **Republican Sinn Féin** schreibe ich Eurer Initiative.

Die Initiative Heimat & Umwelt ist unseren Unterstützerinnen und Unterstützern in Österreich bereits seit längerem bekannt. Wir verfolgen – so gut wie möglich – Eure Arbeit. Ihr seid eine der entschiedensten und konsequentesten Kräfte gegen die EU und den Lissabon-Vertrag **in Mitteleuropa**.



Wir wollen nun die Gelegenheit nützen, unsere Arbeit Euch ebenso näher zu bringen. *Republican Sinn Féin* war eine der radikalsten Kräfte während der Nein-Kampagne letzten Frühjahr in Irland. Uns unterschied von anderen Bündnissen und Parteien – vor allem von unseren **ehemaligen** Weggefährten und nunmehrigen EU-Unterstützern von *Provisional Sinn Féin* –, daß **wir die EU als Projekt grundlegend ablehnen und keine Möglichkeiten zu ihrer Reformierung sehen**. Unser politisches Ziel ist eine gesamt-irische Republik, frei von fremder Herrschaft, als Teil einer freien Föderation aller sich keltisch bzw. gälisch verstehenden Nationen (Irland, Bretagne, Isle of Man, Cornwall, Schottland und Wales).

Auf europäischer Ebene ist unser Ziel eine demokratische Zusammenarbeit freier Nationen. Ebenso wie Ihr **haben wir die EU-Wahl boykottiert** und sind in Irland **daher nicht als Wahl-werbende Partei** angetreten.

In Deutschland und Österreich versuchen wir derzeit vor allem Bewußtsein für den Lissabon-Vertrag und seine negativen Auswirkungen zu schaffen. Denn **eine Unterstützung der irischen Nein-Kampagne ist auch für die Zukunft Österreichs zentral**. Die österreichische Bevölkerung hat nicht die Möglichkeit bekommen, den Lissabon-Vertrag abzulehnen. Der Wille der Mehrheit der Bevölkerung kann durch ein irisches Nein durchgesetzt werden. Daher sollten alle EU-Gegner in Österreich so gut wie möglich die Nein-Kampagne unterstützen.

Abschließend wollen wir Euch noch auf unsere **deutschsprachige Homepage** aufmerksam machen: **www.irish-solidarity.net**. Wir sind in Österreich über folgende Kontaktadresse zu erreichen: *Republican Sinn Féin*, Stiftgasse 8, 1070 Wien

Séamus MacNamara
PRO RSF Central Europe



DIE LISSABON-"GARANTIEN" GARANTIEREN GAR NICHTS!

Stellungnahme von Anthony COUGHLAN, Dublin

Die Haupteigentnis aus dem EU-Gipfel-Dokument über den Lissabon-Vertrag lautet, daß die "rechtlich bindenden Garantien" der Herren Brian Cowen¹⁾ und Micheál Martin bezüglich der Bedenken der irischen Wähler am EU-Vertrag **keinen Punkt oder Beistrich ändern!**

Würden sie - wenn auch nur einen Beistrich - daran ändern, würde dieser Vertrag ein anderer Vertrag sein und müßte vom Punkt Null weg von allen Parlamenten der 27 Mitgliedstaaten neuerlich ratifiziert werden.

Die EU-Politiker können Verträge - oder deren Auswirkungen - nicht ändern durch einfaches Unterschreiben einer neuen "**Vereinbarung**". Es wird gerichtlich immer so entschieden werden, daß die Bestimmungen eines voll ratifizierten EU-Vertrags **über** jedem Versuch stehen, den Vertrag durch ein unratifiziertes "**Abkommen**" abändern zu wollen.

EU-Verträge können nur dadurch geändert werden, daß das entsprechende Dokument von den Staats- und Regierungschefs unterschrieben und dann ein Ratifizierungsverfahren in allen Mitgliedstaaten "in Übereinstimmung mit den Erfordernissen der jeweiligen nationalen Verfassung" durchgeführt wurde.

1) *irischer Premierminister, inzwischen ohne parlamentarische Mehrheit*

Das genau geschieht hier nicht.

Daher ist der Lissabon-Vertrag, über den die Iren im Herbst erneut abstimmen (müssen), **haargenau der selbe Vertrag**, den die Mehrheit der Wähler bei der Abstimmung im letzten Jahr **abgelehnt** hat.

Bei Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags wäre der "Europäische Gerichtshof" (EuGH) für dessen Interpretation zuständig, da dieser bei EU-Verträgen die einzige autorisierte Stelle ist, die gemäß dieser Verträge befugt ist, sie zu interpretieren und über deren Anwendung zu entscheiden.

Die "Entscheidung" oder der "**Beschluß**" des EU-Rates (der Staats- und Regierungschefs), daß gewisse Bestimmungen des Lissabon-Vertrags dies oder jenes bedeuten, ist nichts anderes als eben ein "Übereinkommen" zwischen den 27 Staats- und Regierungschefs. Es bindet sie als Einzelpersonen, aber es ist kein internationaler Vertrag zwischen Staaten. Dies würde nämlich eine Ratifizierung durch die nationalen Parlamente der 27 EU-Mitgliedstaaten voraussetzen, die bei Staatsverträgen übliche Vorgangsweise.

Im einleitenden Text des Gipfel-"Beschlusses" heißt es, daß dieser durch die Staats- und Regierungschefs erfolgt "in dem Wunsch, den irischen Anliegen **in Übereinstimmung mit diesem Vertrag** zu entsprechen", d.h. mit dem

Lissabon-Vertrag...

Als in Übereinstimmung mit dem Lissabon-Vertrag getätigter "**Beschluß**" kann dieser nicht im geringsten irgendetwas zum Vertrag hinzufügen oder davon abziehen, und es ist rechtlich **einzig und allein der EuGH**, der entscheiden kann (und wird), wie der mehrere hundert (!) Seiten umfassende Lissabon-Vertrag mit seinen umfangreichen und tiefgreifenden Bestimmungen im Detail auszulegen ist, sollte er tatsächlich in Kraft treten.

Bis jetzt wurde dieser "Beschluß", diese "Erklärung" von den 27 Staats- und Regierungschefs gar nicht unterschrieben, wie es bei einem Staatsvertrag vor seiner Ratifizierung üblich wäre. Und es ist kein Zufall, daß dieser "Beschluß" eben nicht "Vertrag" genannt wird.

Die formale Hinterlegung dieses "Beschlusses" bei den **Vereinten Nationen (UNO)** als politische Vereinbarung zwischen Staats- und Regierungschefs dient nur dazu, in der irischen Öffentlichkeit **den Anschein** einer besonderen Bedeutung dieses "Beschlusses" zu erwecken. Damit erhält er zwar einen niederrangigen Stellenwert im internationalen Recht, aber nicht im EU-Recht. Der Beschluß (die "Garantie-Erklärung" für Irland) kann den Vorrang des EU-Rechts nicht aufheben.

Fortsetzung auf Seite 6

Aufruf zur Unterstützung der Irland-Kampagne für ein NEIN zum Lissabon-Vertrag!

Wer daran interessiert ist, daß die hier auszugsweise wiedergegebenen ARGUMENTE der irischen EU-Gegner möglichst viele, am besten alle abstimmungsberechtigten Iren **erreichen können**, möge bitte einen **Kostenbeitrag** dafür (ob groß oder klein) leisten - denn die Verbreitung von Flugblättern und Informationsschriften an Millionen von Menschen kostet immer auch viel Geld! **Davon aber wird alles abhängen**, denn die "Brüssel"-gesteuerten Vertragsbefürworter haben ohnehin ein gewaltiges finanzielles Übergewicht für ihre Maschinerie und damit auch fast alle öffentlichen (Konzern-) Medien hinter sich.

Prof. Schachtschneider, der parteifreie Europarechtsexperte und Hauptkläger vor dem deutschen Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, wird im September für mehrere Tage zur Teilnahme an einer Pressekonzferenz, verschiedenen Interviews und zwei öffentlichen Informationsabenden **extra nach Irland reisen**. Es ist immer wichtig, **mit den Menschen "vor Ort"** unmittelbar und persönlich zu sprechen. Inge Rauscher wird dabei auch kurz die Lage in Österreich darstellen und beim Übersetzen mithelfen. Auch diese fachliche und moralische Unterstützung muß finanziert werden. Wir danken allen WEGWARTE-Lesern, die einen **freiwilligen** Beitrag dazu leisten, im voraus ganz herzlich dafür! Bitte verwenden Sie dazu den beiliegenden Erlagschein. Sollte ein über die Veranstaltungs- und Reisekosten hinausgehender Betrag zusammenkommen, wird dieser an **REPUBLICAN SINN FÉIN** zur Verbreitung von Informationsschriften für die Lissabon-Abstimmung überwiesen. Wir werden in der nächsten WEGWARTE über das Ergebnis berichten.

800 JAHRE WUNSCH NACH FREIHEIT

Ein kurzer Überblick über die Geschichte Irlands

von Dieter REINISCH, Wien

Irland, die Insel im Nordwesten Europas, ist heute in zwei Teile gespalten. Der Süden besteht aus 26 Grafschaften und hat 4 Millionen Einwohner, der Nordosten mit 6 Grafschaften und 2 Millionen Einwohnern ist unter der Herrschaft des britischen Königreichs. Etwa 80 % der Bevölkerung sind Katholiken, 20 % Protestanten, die sich nahezu gänzlich auf den britischen Nordosten konzentrieren.

Im Frühmittelalter war Irland das kulturelle Zentrum Europas. In Klöstern wie Armagh und Iona wurde das Wissen der Antike bewahrt, während auf dem Kontinent der kulturelle Niedergang durch die Völkerwanderungszeit einsetzte. Irland blieb von dem Umbruch nach dem Untergang Roms verschont, da es nie unter römischer Herrschaft stand. Diese Situation sollte sich aber mit Beginn jährlicher **Wikinger-Einfälle** ab dem 8. Jahrhundert ändern. Die Wikinger plünderten die Klöster, wurden Schritt für Schritt sesshaft und gründeten erste Städte.

Das Jahr, das die irische Geschichte für immer verändern sollte, war 1169. Ein Krieg zweier irischer Könige veranlaßte den normannischen Herrscher Englands, eine Seite zu unterstützen und mit einer Schar von Rittern nach Irland zu ziehen. Die „normannische Invasion“ hatte begonnen. **Das Jahr 1169 gilt heute als der Beginn der britischen Besatzung in Irland.**

1604 verließen die letzten irisch-gälischen Könige die Insel – die „Flucht der Grafen“. Im Zuge dessen konsolidierten die Engländer mit der „Plantation of Ulster“ ihre Herrschaft. Um den **reichen Nordosten** sollte eine königstreue, protestantische Bevölkerung aus England und Schottland angesiedelt werden. Die einheimische Bevölkerung wurde in das für Landwirtschaft ungeeignete Connacht im

Westen der Insel **vertrieben**. Ein Sprichwort aus dem 17. Jahrhundert beschreibt die Situation der Bevölkerung: „In die Hölle oder nach Connacht“. Hier liegt ein wichtiger Grund für die heutige Situation im Norden Irlands.



Für viele Besucher gehören die Küsten der Irischen See zwischen Dublin und Belfast zu den schönsten Landschaften der Welt. Aufgrund der enormen Meeresverschmutzung durch den Nachbarstaat Britannien ist hier die höchste Krebsrate in Westeuropa.

Widerstand gegen die englische Fremdherrschaft

Mit der normannischen Invasion im 12. Jahrhundert begann zugleich der Widerstand gegen die englische Fremdherrschaft. Großen Einfluß auf Irland hatten die Ereignisse und Ideale der Französischen Revolution. Der Ire **Theobald Wolfe Tone**, Offizier der französischen Republik, gründete in den 1790er Jahren in Belfast die „Gesellschaft der Vereinten Iren“ mit dem Ziel der Errichtung einer **unabhängigen Republik**. An der Tatsache, daß der Großteil der Führer der Gesellschaft Protestanten waren, kann bereits hier deutlich gesehen werden, **daß es sich um einen sozialen und nicht um einen religiösen Konflikt handelt**. Der von der Gesellschaft 1798 begonnene Aufstand gegen das englische Königshaus gilt als Geburtsstunde des irischen Republikanismus.

Im 19. Jahrhundert wurde die Unabhängigkeitsbewegung immer stärker. Nahezu jede Generation führte ab 1798 bis heute

einen Aufstand für die Unabhängigkeit. Gleichzeitig wurde der protestantische Norden **von England** auf Kosten des katholischen Südens **industrialisiert**. **Schwere Hungersnöte wie in den 1840er Jahren waren die Folge**. 25 % der Bevölkerung verhungerten, weitere 25 % wanderten nach Nordamerika aus.

Von irischen Auswanderern wurde in den USA die „Irish-republikanische Bruderschaft“ (IRB) gegründet, die in Irland unter dem Namen „Fenian“ die Unabhängigkeit vorbereiten sollte. **1905 entstand „Sinn Féin“** („Wir selbst“, gemeint ist die Selbstregierung, unabhängig von London).

Vor dem ersten Weltkrieg verschärfte sich vor allem im Norden die Situation rapide. Nahezu täglich kam es zu Übergriffen auf Mitglieder der anderen Bevölkerungsgruppe. Irische Politiker forderten „Home Rule“ (Selbstregierung), als Reaktion gründeten Loyalisten – die protestantische Bevölkerung, die „loyal“ zum englischen Königshaus ist und somit eine Unabhängigkeit ablehnt – die paramilitärische Organisation „Ulster Volunteer Force“ zum Kampf gegen den irischen Nationalismus. Doch auch auf republikanisch-nationalistischer Seite sah man zunehmend die Notwendigkeit, die eigene Bevölkerung auch militärisch zu schützen.

Aus nationalistischen Kreisen setzten sich jene neun Personen zusammen, die zu **Ostern 1916** als „vorläufige Regierung der Republik Irlands“ in Dublin eine **Unabhängigkeitserklärung** verlasen, die eine Rebellion entfachte. Die brutale **Unterdrückung und Ermordung** der Führer des Aufstandes führte zu einer breiten Solidarisierung der Bevölkerung. Bei den Wahlen **1918** errang *Sinn Féin* rund 80 % der Stimmen. Statt ihre Abgeordneten nach London in ein englisches Parlament zu

entsenden, versammelten sich die gewählten *Sinn Féin*-Abgeordneten in Dublin zum **ersten irischen Parlament** (First Dáil).

Teilung Irlands

Mit diesem Schritt begann der bis 1921 dauernde **Unabhängigkeitskrieg**, der mit der Teilung des Landes endete. Der reiche Norden sollte bei Großbritannien bleiben, der verarmte Süden in die Unabhängigkeit entlassen werden. Die Republikaner waren in der Frage, ob dieses Abkommen angenommen werden sollte, gespalten. Es folgte ein bis 1924 geführter Bürgerkrieg. Die Befürworter der Teilung behielten die Oberhand – Irland war entzweit.

Der Süden war völlig verarmt und wirtschaftlich von England abhängig. Im Norden war die protestantisch-loyalistische Bevölkerungsschicht privilegiert. Katholiken wurden bei der Arbeitssuche benachteiligt, sie durften nicht im Staatsdienst arbeiten und es war ihnen verboten, die Universität zu besuchen.

Die Erfolge der Bürgerrechtsbewegung in den USA wurden für diese Bevölkerung zum Vorbild. 1968 gründete sich die **nordirische Bürgerrechtsbewegung**. Sie organisierte friedliche Protestmärsche für die sozialen und politischen Rechte der katholischen, nationalistischen Bevölkerung. Diese Demonstrationen wurden von loyalistischen Schlägertrupps und britischer Polizei angegriffen. 1969 entsendete London nach schweren Ausschreitungen die Armee nach Nordirland.

Das erste Todesopfer des Konflikts war ein 9-jähriger Junge, der im nationalistischen Viertel Belfasts von einem britischen Scharfschützen getroffen wurde. Eine Kugel flog durch das Fenster ins Schlafzimmer des Jungen, dieser lag zum Zeitpunkt schlafend in seinem Bett. Seither starben über 3.000 Menschen in dem weltweit längsten Krieg.

1971 kam es zu einer **umfangreichen Internierungswelle**. Tausende Katholiken wurden verhaftet und teilweise jahrelang ohne Anklage festgehalten. Dagegen organisierten Bürger-

rechtler am 30. Jänner 1972 einen Protestmarsch in Derry, bei dem die **britische Armee** auf die friedlichen Demonstranten schoß. 13 unbewaffnete Zivilisten starben, der Tag blieb als „Blutsonntag“ in trauriger Erinnerung. Noch am selben Abend meinte ein Abgeordneter im britischen Unterhaus: „Heute Nacht werden tausende junge Menschen in den katholischen Vierteln der IRA beitreten. Sie wurden gezwungen zu den Waffen zu greifen, um ihre Familien zu verteidigen. Daran ist der britische Staat schuld. Die britische Armee hat heute in Derry die friedliche Bürgerrechtsbewegung niedergeschossen.“

Irland war noch nicht vereint, schon begab sich der Süden mit dem EU-Beitritt 1973 in neue Abhängigkeit. **Bei der Abstimmung 1972 war Sinn Féin die einzige Partei, die von Beginn an gegen eine EU-Mitgliedschaft argumentierte.**

Einen weiteren traurigen Höhepunkt erreichte der Konflikt mit den Protesten der Gefangenen 1981. Sie kämpften für ihr Recht, als **politische Gefangene** und nicht als Kriminelle behandelt zu werden. Als letztes Mittel sahen sie den **Hungerstreik**. Erst nachdem der britische Staat 10 junge Republikaner im Gefängnis verhungern ließ, lenkte er ein und gewährte den politischen Status, der nach Genfer Konvention von Beginn an garantiert hätte werden müssen.

Sinn Féin und die Republikanische Bewegung spalteten sich 1986. Der Teil um **Gerry Adams** und Martin McGuinness **akzeptierte mit dem Belfaster-Abkommen von 1998 die Teilung Irlands**. Es sollte den Frieden nach 30 Jahren Krieg garantieren. Nach über zehn Jahren muß festgestellt werden, daß es nicht funktioniert hat. Stattdessen wurde die Spaltung zwischen protestantisch-loyalistischer und katholisch-nationalistischer Bevölkerung noch tiefer. Anfang der 1990er Jahre gab es weniger als 10 **Mauern in Belfast**, die die Bevölkerungsgruppen voneinander trennten – **heute sind es 80!** Katholiken sind 30 % mehr Armuts- und Arbeitslosigkeit-gefährdet als Protestanten. Noch immer gibt es

rund 100 Republikaner, die aufgrund ihrer politischen Überzeugung in den Hochsicherheitsgefängnissen von Portlaoise und Maghaberry eingesperrt sind. **Hausdurchsuchungen und Polizeibrutalität** stehen in den nationalistischen Wohngebieten auf der Tagesordnung. 96 % des Wohnraumes ist konfessionell getrennt, nur 2 % der Schulkinder besuchen gemischte Schulen.



Trotz angeblichen "Friedens" sollen in Belfast meterhohe Mauern die pro-britische von der irisch-nationalistischen Bevölkerung trennen. Ihre Zahl stieg von unter 10 in den 1990er Jahren auf heute rund 80.

Zerstörung von Sozialstaat und Umwelt

Das ehemalige Armenhaus Europas erlebte zwar in den 1990er Jahren einen Wirtschaftsaufschwung, herbeigeführt durch den **Ausverkauf irischen Eigentums**, Privatisierung, Abbau von Arbeitsrechten und Zerstörung der Umwelt. Durch die neoliberale Wirtschaftspolitik spüren die Wirtschaftskrise nur jene Teile der Bevölkerung noch stärker, die immer weniger hatten. Die offizielle **Arbeitslosigkeit** liegt bei **13 %**, für Ende des Jahres werden **bis zu 20 %** erwartet. Durch den EU-Beitritt wurde die wichtige Fischerei-Industrie zerstört, die gegen multinationale Konzerne nicht konkurrenzfähig war.

England hält heute 10 Militärbasen im Norden der Insel. Das Verhältnis britischer Soldaten zur Bevölkerung ist in Afghanistan 1 : 4.600, in Nord-Irland ist es 1 : 370! Bei einer aktuellen Umfrage erklärten über 75 % der Befragten Unterstützung für die **Wiedervereinigung**. Bis beide Bevölkerungsgruppen **friedlich in einem vereinten Irland** leben können, ist es aber leider noch ein langer Weg.

Dieter Reinisch, 23, lebt in Wien und studiert Geschichte, Archäologie und Sprachwissenschaft.

EU will Bestrahlung biologischer Lebensmittel!

Im Dezember 2009 soll der **CODEX ALIMENTARIUS** in Kraft treten. Das ist ein EU-Gesetz, welches festlegt, daß

- **biologische Nahrung bestrahlt werden muß,**
- **Genfood in biologischer Nahrung nicht kennzeichnungspflichtig ist,**
- **Genfood überhaupt nicht kennzeichnungspflichtig ist,**
- **beinahe alle homöopathischen Mittel vom Markt genommen werden müssen,**
- **alle Heilkräuter verboten werden müssen,**
- **die meisten alternativen Heilweisen und Heilverfahren verboten werden müssen,**
- **alternative Kindergarten- und Schuleinrichtungen verboten werden müssen,** wie Waldorfschulen und -kindergärten, Waldkindergärten, etc.

Die AKTION ELIANT und andere Aktionen sammeln EINE MILLION UNTERSCHRIFTEN, um am Europäischen Gerichtshof gegen dieses Gesetz Einspruch einzulegen und dagegen anzugehen.

Es fehlen aktuell noch 280.000 Stimmen bis zum Ziel. Ihre Unterschrift könnte die entscheidende sein!!!

Nähre Informationen und Unterschriftenlisten können Sie bei der "Aktion ELIANT" in Deutschland unter der Adresse D-79540 Lörrach, Rebgrasse 37, schriftlich anfordern, per E-Mail unter info@eliant.de und per Internet unter <http://www.eliant.eu>. Auch Online-Stimmabgabe unter dieser Adresse ist möglich.

Fortsetzung von Seite 3

Eine künftige Tagung der EU-Staats- und Regierungschefs könnte zu ganz anderen "Beschlüssen" oder "Vereinbarungen" kommen, möglicherweise sogar im völligen Gegensatz zur jetzigen "Garantie-Erklärung", und diese wären genauso "wertvoll" oder "bedeutungslos", da nichts davon am Text des Lissabon-Vertrags auch nur ein Jota ändern würde.

Die ganze Vorgangsweise soll den irischen Medien und der Öffentlichkeit **nur den Eindruck vermitteln**, daß am Lissabon-Vertrag tatsächliche Änderungen vorgenommen werden, wohingegen genau dies nicht passiert.

Der Gipfel-Beschluß/die Gipfel-Erklärung ist auch keineswegs ein rechtlich bindendes **Protokoll**, das als Teil des Lissabon-Vertrags ausgewiesen und damit als Teil des EU-Rechts auch den EuGH in seiner Auslegung und Anwendung des Vertrags binden würde. Denn eine solche rechtliche Verankerung würde eine **Öffnung** des Lissabon-Vertrags und eine neuerliche Ratifizierung eines solchen "Protokolls" als Teil des Lissabon-Vertrags erfordern.

Versprechungen auf ein spezielles Irland-Protokoll bzw. auf eine "Erklärung" als Anhang und damit Bestandteil eines **künftigen** EU-Vertrags, womöglich erst nach Jahren, sind eben nur Versprechungen. Sie ändern nichts am angepeilten Zustandekommen des Lissabon-Vertrags mit seinen rechtlichen Verpflichtungen. Sie ändern

auch nichts an der **gewünschten neuen EU als Staat mit einer eigenen Verfassung**.

Aber selbst ein solches "Protokoll" eines irgendwann vielleicht kommenden EU-Vertrags könnte keine Verminderung oder Abschwächung der im Lissabon-Vertrag enthaltenen Verpflichtungen bewirken, sobald dieser in Kraft tritt.

Was überhaupt könnte ein derart versprochenes "Protokoll" bewirken, da das offizielle Irland ja gar keine Ausnahmestimmungen vom Lissabon-Vertrag **verlangt**?

Als 1992 das dänische Volk in einer Abstimmung den Maastricht-Vertrag²⁾ ablehnte, bemühte sich die dänische Regierung um rechtlich verbindliche Ausnahmen von den wesentlichen Maastricht-Verpflichtungen und erreichte diese auch: Dänemark mußte die Euro-Währung nicht übernehmen, wurde nicht den EU-Militär- und Sicherheitsverpflichtungen unterworfen und auch nicht der "EU-Bürgerschaft".

Diese Ausnahmestimmungen für Dänemark wurden formal durch ein Protokoll als Teil des EU-Amsterdam-Vertrags 1998 anerkannt und gelten auch heute noch.

Die irische Regierung versucht nichts in dieser Art und hat den Lissabon-Vertrag und die damit einhergehende EU-Verfassung **in ihrer Gesamtheit** unterzeichnet und anerkannt.

2) die Umwandlung der EG in die politische Union der EU.

Anthony Coughlan ist Sprecher der "National Platform EU Research and Information Centre" und emeritierter Professor für Sozialpolitik am Trinity College in Dublin.

Übersetzung der obigen veröffentlichten Stellungnahme ins Deutsche von Inge Rauscher.

Fortsetzung von Seite 2

bleiben bestehen: Die militärische "Solidaritätsklausel" (Art. 22), die härter ist als die Solidaritätsklausel der NATO, macht die EU zu einem **Militärbündnis** und ermöglicht einen Einsatz von Militär im Inneren der EU. Artikel 42 verpflichtet die Mitgliedstaaten zur **Aufrüstung**. Die "Ständige Strukturierte Zusammenarbeit" macht ein militärisches Kerneuropa möglich. Entscheiden über die so beschlossenen Einsätze dürfen dann nur noch diejenigen, die daran teilnehmen. Mit dem "Anschubfonds" kann der EU-Haushalt erstmals für Militärisches genutzt werden; die bisherigen EU-Verträge verbieten dies. Sowohl die EU-"Battle Groups" (EU-Kampfgruppen) als auch die EU-Rüstungsagentur würden mit dem Lissabon-Vertrag erstmals **primärrechtlich verankert**. Dann könnten sie erst wieder durch einen neuen EU-Vertrag abgeschafft werden.

E-Mail-Kontakt:

mail@tobias-pflueger.de

Einladung zum Vortrag + Film

(anschließend Diskussions-Möglichkeit)



DIE GEFAHREN DER AGRO-GENTECHNIK

Überall, wo die Gentechnik Einzug gehalten hat, sind Lebensgrundlagen massiv bedroht. Der Hauptgrund von gentechnisch veränderten Saaten und Mikroorganismen ist es, den Menschen zu kontrollieren und in eine Abhängigkeit zu bringen. Mittlerweile ist auch Europa von den ersten Aussaaten, welche in Amerika, Asien oder Afrika ausschließlich Verderben hervorbrachten, betroffen.

- Was bewirkt die Graue, die Rote und die Grüne Gentechnik für Menschen, Tiere und Umwelt?
- Was ist Gentechfood (wie z.B. Aspartam usw.) und was sind die Auswirkungen auf unseren Organismus?
- In welchem Ausmaß ist die Gentechnik schon verbreitet?
- Verstößt ein Einfuhrverbot von Gen-Saatgut gegen EU-Recht? Kann Österreich überhaupt noch etwas selbst entscheiden?

Antworten auf diese Fragen geben:

Volker Helldorff, Dipl. Ing.
(Biobauer und Absolvent BOKU)

Othmar Oblak, Prim Dr. i. R.

Richard Leopold Tomasch
(Pressesprecher PRO LEBEN)

Donnerstag, 10. September 2009, um 19 Uhr

**POTTENBRUNN
bei St. Pölten**

Gasthaus Haas-Neuwirth
Pottenbrunner Hauptstr. 79

(direkt an der Westbahn, ca. 1,5 km vom Bahnhof)

Informieren Sie sich kritisch und unabhängig zur größten Bedrohung der Menschheit!

Ein Vortrag sowohl für Konsumenten als auch für den Landwirt als Produzent.

Eintritt: Freiwillige Spende

Organisation:

**Traisentaler Werkstatt für
gesellschafts-politische Denk-Anstöße**

(Helmut Sperl, Pottenbrunn, Tel.: 0676/403 91 78)

Warum „WEGWARTE“?

Als Name für unseren, etwa alle zwei Monate erscheinenden Informationsdienst an viele Bürger in allen Bundesländern haben wir die Symbolblume der „Initiative Heimat & Umwelt“ gewählt. Die „Wegwarte“ ist eine zartblau blühende, sperrige, ausdauernde und anspruchslose Wildpflanze. Sie wächst vorwiegend an Straßen-, Weg- und Ackerrändern und ist fast über die ganze Welt verbreitet.

Die „**Initiative Heimat & Umwelt**“ (IHU) ist eine freie Arbeitsgemeinschaft, die keiner Partei nahe steht. Seit rund 20 Jahren werden unsere Aktivitäten ausschließlich ehrenamtlich und uneigennützig geleistet. Wir erhalten keinerlei Subventionen; die Finanzierung erfolgt durch **freiwillige Kostenbeiträge** österreichischer Bürger und durch immer wieder beträchtliche private Beiträge der engsten Mitarbeiter.

WIR DANKEN allen moralischen und finanziellen Unterstützern unserer Arbeit ganz herzlich und hoffen, daß es noch viele mehr werden!

BITTE benützen Sie den beiliegenden Erlagschein oder überweisen Sie einen Kostenbeitrag je nach Ihren persönlichen Möglichkeiten von Ihrer Bank aus. Auch in einem Kuvert mitgeschickte Barspenden erreichen uns verlässlich. Gerne würden wir die „Wegwarte“ auch an mögliche Interessenten für unsere Anliegen aus Ihrem Freundes- und Verwandtenkreis senden; bitte geben Sie uns solche Adressen bekannt. Danke im voraus für Ihre Mühe!

Hinweis für Neu- oder Wieder-Empfänger: Erhalten Sie die „Wegwarte“ heute zum ersten Mal oder seit längerem wieder einmal, senden Sie uns bitte einen kleinen Kostenbeitrag. Dann kommen Sie in die Versandliste für jede Ausgabe dieser unabhängigen Zeitschrift ohne Firmen- oder Parteieninserate!

Einladung zum
INFORMATIONSD- UND DISKUSSIONSABEND
zum Thema

Der "Lissabon-Vertrag" vor der Entscheidung in Irland

am Dienstag, 8. September 2009, um 19 Uhr

WIEN
Kolpinghaus Alsergrund - 9. Bezirk

Liechtensteinstr. 100

(Nähe U-4/U-6 „Spittelau“ /Franz-Josefs-Bahnhof/Linien D „Augasse“,
38 und U-6 „Nußdorfer Strasse“).

Es sprechen:

Des DALTON aus Irland

Vizepräsident von REPUBLICAN SINN FÉIN
„Für Demokratie, Neutralität, Souveränität“

Zur Lage in Irland

Eintritt: freie Spende

Univ. Prof. Dr. Karl Albrecht SCHACHTSCHNEIDER, Nürnberg

Was sind die „Garantie-Erklärungen“ für Irland wert?

**Hat das Urteil des deutschen Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe
konkrete Konsequenzen?**

Rechtsanwältin Dr. Eva Maria BARKI, Wien

Expertin für Nationalitäten- und Volksgruppenrecht
zum Recht auf Selbstbestimmung

Moderation:

Inge RAUSCHER, IHU

Rede und Diskussionsantworten von Des DALTON werden für alle Besucher **auf deutsch übersetzt**.

Imbißmöglichkeit vor Veranstaltungsbeginn in der „Cafeteria“ des Kolpinghauses, Getränke
können während der gesamten Veranstaltungsdauer dort bezogen werden.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe:
17. August 2009

Für WEGWARTE-Empfänger im Ausland: unser BIC-Code lautet
OPSKATWW, der IBAN-Code AT366000000007483053

WEGWARTE

Zulassungsnummer "02Z033544S"
Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt
19. Jahrgang, Folge 5, August/September 2009
Druck: H. Schmitz Kopien, 1200 Wien
Impressum: Medieninhaber/ Herausgeber/Verleger:
Initiative Heimat & Umwelt
3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5
Tel.: 02242/70 516

Österreichische Post AG / Sponsoring Post
Benachrichtigungspostamt 3424 Zeiselmauer